



29.04.2015

EVG fordert ab 2020 europaweites Verbot lauter Güterzüge



Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner hat anlässlich des heutigen „Tag des Lärm“, die Forderung seiner Gewerkschaft nach einem Fahrverbot für laute Güterzüge ab 2020 bekräftigt. „Wir kriegen das Lärmproblem nur in den Griff, wenn für alle Eisenbahnverkehrsunternehmen und Wagenhalter klar ist, dass in fünf Jahren keine Güterzüge mit Graugussbremsen mehr zum Einsatz kommen dürfen“, stellte der EVG-Vorsitzende fest. Ein solches Verbot müsse in ganz Europa und nicht nur in Deutschland gelten, so Kirchner.

Gleichzeitig forderte Kirchner die Bundesregierung auf, bei den Zwischenzielen realistisch zu sein, die von ihr gesetzte Frist zur Umrüstung auf leisere Bremssohlen über 2016 hinaus zu verlängern. Nachdem die neuen, „LL-Sohlen“ genannten Bremsbeläge aus Verbundstoff erst seit weniger als zwei Jahren europaweit zugelassen seien und seit gut einem Jahr verbaut werden dürfen, sei es schon aus logistischen Gründen völlig unmöglich, bis Ende 2016 die Hälfte aller deutschen Güterwaggons entsprechend umzurüsten.

Bislang kommen bei Güterzügen vorwiegend Grauguss-Bremsen zum Einsatz. Diese rauhen beim Fahren die Radlaufflächen auf und verursachen bauartbedingt daher mehr Lärm als so genannte LL-Bremssohlen, die aus Verbundstoff bestehen. Die Umrüstung verursacht aber Kosten, die von so manchem Eisenbahnunternehmen aus Wettbewerbsgründen gescheut werden. Deshalb müssten klare Ziele und Konsequenzen formuliert werden.

„In der Frage der Umrüstung fordern wir ein größeres finanzielles Engagement der Bundesregierung“, machte Kirchner deutlich. Den Eisenbahnen würden - etwa durch die EEG-Umlage - ständige neue Kosten aufgebürdet, während dem LKW - beispielsweise durch die Absenkung der Maut - weitere Wettbewerbsvorteile gewährt würden. „Dieses Ungleichgewicht geht immer mehr zu Lasten des umweltfreundlichen Verkehrsträgers Schiene, der dringend gebraucht werde, damit Deutschland seine Klimaschutzziele erreiche“, kritisierte der EVG-Vorsitzende. Deutschland als Wirtschaftsstandort brauche aber einen leistungsfähigen Schienengüterverkehr. Für dessen Akzeptanz sei die Vermeidung von Lärm aber eines der entscheidenden Kriterien. Deshalb müsse der Bund sein Lärmsanierungsprogramm weiter vorantreiben und ebenso in die Eisenbahn-Infrastruktur investieren.

„Wir müssen uns grundsätzlich klar darüber werden, welche Prioritäten die Politik setzen muss und was Einzelentscheidungen, die getroffen werden, für das gesamte System Schiene bedeuten“, machte Kirchner deutlich. Es fehle ein tragfähiges Gesamtkonzept. Deshalb fordere die EVG ein Spitzengespräch mit dem Bundeswirtschaftsminister, auf dem auch das Thema Wirtschaft und Eisenbahngüterverkehr zielführend erörtert werde.